

JU

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Sachanträge

Schleswig-Holstein-Rat am 18. August 2019

 jush.de  info@jush.de  [jungeunionsh](https://www.facebook.com/jungeunionsh)  [junge_union_sh](https://www.instagram.com/junge_union_sh)  [015126568722](https://wa.me/015126568722)



1 *Antragssteller: Junge Union Kreisverband Stormarn*

2 **DAS AUSEINANDERDRIFTEN EUROPAS VERHINDERN – SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE DIVERGENZ**
3 **BEKÄMPFEN**

4 Das Wohlstandsgefälle in Europa zwischen dem Zentrum der EU und der Peripherie vergrößert sich seit der
5 Jahrtausendwende stetig. Während in manchen Regionen Europas Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur
6 herrschen (in etwa in Deutschland), leiden andere Regionen unter Jugendarbeitslosigkeitsquoten von bis zu
7 50% und steigenden Armutsquoten. Wirtschaftsstarke¹ Regionen entfernen sich sowohl wirtschaftlich als auch
8 sozial immer weiter von den strukturschwachen² Regionen.

9 Beispielhaft für diese Fehlentwicklung steht das Vereinigte Königreich. Seit den 1980er-Jahren entwickeln sich
10 die Kaufkraftdisparitäten innerhalb des UK gravierend auseinander. Mittlerweile weisen 8 der 12 Regionen
11 Großbritanniens eine preisbereinigte Kaufkraft unterhalb des EU-Durchschnitts auf. Ehemals wohlhabende
12 Teile Großbritanniens sind heutzutage so weit verarmt, dass sie sich mittlerweile auf einem Wohlstandsniveau
13 vergleichbar mit Regionen in Litauen, Ungarn oder dem ländlichen Polen befinden. Dieser Umstand, zusammen
14 mit der über Jahrzehnte verfolgten Spar- und Privatisierungspolitik, bildete den Nährboden für die immer
15 stärker werdenden europafeindlichen Stimmen, die sich auf einen Schlag im Brexit-Votum im Juni 2016
16 entluden.

17 Auch im Rest Europas ist mit wenigen Ausnahmen die Folge dieser Entwicklung im politischen Landschaftsbild
18 nicht zu übersehen. Im Grunde seit der Eurokrise sind bei Wahlen in der EU fast immer EU-feindliche Parteien
19 der Sieger, mit Ausnahme der wenigen absoluten Wohlstandsgewinner wie z.B. Deutschland. In zwei
20 Gründungsmitgliedstaaten der EU, Frankreich und Italien, sind Antieuropäer mittlerweile stärkste Kraft bzw.
21 an der Regierung. In den meisten EU-Staaten ist das Aufkommen dieser antieuropäischen Parteien die Antwort
22 eines großen Teils der Bevölkerung darauf, dass die EU ihr Wohlstandsversprechen vielerorts nicht mehr
23 einhält. Antieuropäische Parteien sind exakt in den Regionen Europas am stärksten, in denen sich seit etwa der
24 Jahrtausendwende Arbeitslosigkeit und Armut immer stärker manifestieren und in denen vom europäischen
25 Wohlstandsversprechen nichts mehr ankommt.

26 Zwei konkrete Beispiele sollen dies verdeutlichen. In Frankreich wird der Rassemblement National (RN, früher
27 Front National) v.a. auf dem Land sowie in Südfrankreich gewählt; diese Regionen sind im Vergleich zu den
28 1970ern und 1980ern stark verarmt. Im boomenden Île-de-France hingegen ist der RN schwach wie sonst
29 nirgendwo im Land.
30 In Italien wird das linke Anti-EU-Bündnis „MoVimento 5 Stelle“ v.a. von jungen Südtalienern gewählt, die unter
31 Jugendarbeitslosigkeitsquoten von teilweise über 50% leiden. WELT-Korrespondent Dirk Schümer, selbst in
32 Venedig lebend, warnte erst jüngst davor, dass sich in Teilen Südtaliens eine ganze Generation auf dem Weg in
33 die Dauerarmut befinde.

¹ z.B. Westdeutschland, den Benelux-Staaten, Île-de-France, Norditalien, Österreich

² z.B. Südtalien, Südspanien, Mittel- und Nordengland, Südostfrankreich

34 Auch in Griechenland, in Spanien, in vielen Ländern Osteuropas und bis zuletzt sogar im eigentlich
35 überdurchschnittlich wohlhabenden Österreich sind oder waren antieuropäische Parteien schon an der
36 Regierung oder bekommen immer mehr Zulauf.

37 Die EU muss eine Antwort auf diese Entwicklungen finden, allerspätestens jetzt nach dem Brexit-Votum.
38 Gerade Deutschland darf sich nicht selbstgefällig auf dem eigenen Wohlstand ausruhen, der zu großen Teilen
39 vom EU-Ausland finanziert wird. Deutschland muss als politisch und wirtschaftlich stärkstes Land der EU eine
40 Antwort auf die steigende und sich zu verfestigen drohende wirtschaftliche und soziale Spaltung Europas
41 finden. Die EU muss sowohl die monetären Mittel als auch die Kompetenzen erhalten, um die
42 Wohlstandsdivergenz innerhalb der EU (kurzfristig) zu stoppen und (langfristig) umzukehren. Andernfalls
43 werden die antieuropäischen Parteien weiterhin in den meisten Ländern der EU Stimmen hinzugewinnen, bis
44 das Friedensprojekt Europa am Ende in sich zusammenstürzt.

45 Forderungen:

46 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert die Christlich-Demokratische Union (CDU) bzw. die deutsche
47 Bundesregierung auf, sich in der Europäischen Union, d.h. im Europäischer Rat sowie im Ministerrat, für
48 folgende Punkte einzusetzen:

- 49 • Die Kompetenzen für die Verteilung und Verwaltung der EU-Strukturfonds sollen auf die europäische
50 Ebene übertragen werden; gleichzeitig müssen die EU-Strukturfonds deutlich erhöht und zielgerichtet
51 für Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Regionen genutzt werden
- 52 • Langfristig soll ein gemeinsamer Eurozonen- oder EU-Haushalt mit konservativem Budget zur
53 Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz Europas geschaffen werden
- 54 • Unternehmenssteuersätze innerhalb der EU sollen harmonisiert werden, um Steueroasen auf dem
55 Kontinent zu schließen
- 56 • Langfristig sollen sich die Märkte der europäischen Nationalstaaten vollständig integrieren, in etwa
57 durch ein gemeinsames Unternehmensrecht, um Ineffizienzen und damit verbundene
58 Wohlstandsverluste zu beseitigen
- 59 • Die bestehenden „Initiativen für ein soziales Europa“, in etwa die Förderung von europaweiten
60 Praktikums-, Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen im Rahmen der „Beschäftigungsinitiative
61 für junge Menschen“, sollen weitergeführt, ausgeweitet und stärker beworben werden
- 62 • Die EU-Kommission und das EU-Parlament sollen direkter als bisher Korruption und Vetternwirtschaft
63 in den Mitgliedsstaaten sanktionieren dürfen

1 *Antragsteller: Junge Union Ostholstein*

2 **STRABENAUSBAUBEITRÄGE BÜRGERFREUNDLICH REGELN**

3 Nachdem der Landtag es den Gemeinden freigestellt hat, Straßenausbaubeiträge zu erheben, haben viele von
4 ihnen die Chance genutzt und die bei den Bürgern unbeliebten Ausbaubeiträge ersatzlos abgeschafft. Dabei
5 wurde in den meisten Kommunen wie etwa in Kiel und Lübeck nicht untersucht, was dies für finanzielle
6 Auswirkungen hat. Andere Gemeinden wie Rendsburg (ca. 30.000 Einwohner) und Eutin (ca. 17.000 Einwohner)
7 haben Untersuchungen vorgenommen (erwartete jährliche Einnahmen durch Straßenausbaubeiträge:
8 Rendsburg 500.000€ jährlich, Eutin 600.000€ jährlich). Jedoch hat nahezu keine Gemeinde ein
9 Gegenfinanzierungskonzept erstellt. Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein kann dies aber nicht als
10 nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik verstanden werden. Die nun zumeist neu gemachten
11 Kredite für die weggebrochenen Einnahmen fallen zukünftigen Generationen zur Last und schränken deren
12 finanziellen Gestaltungsspielraum erheblich ein.

13 Die Hoffnung der Gemeinden besteht darin, dass das Land einen Ausgleich für die Straßenausbaubeiträge
14 vornimmt. Die Regierungskoalition hat jedoch mehrmals klargestellt, dass auf größere weitere finanzielle
15 Unterstützung durch das Land nicht zu hoffen ist. Zwar hält sich das Land eine zukünftige Unterstützung durch
16 den Kommunalen Finanzausgleich offen. Nach den bisherigen Entwürfen und den Aussagen der kommunalen
17 Spitzenverbänden stellt diese Position im Finanzausgleich jedoch keinen nennenswerten Ersatz dar, der es
18 Gemeinden ermöglicht, auf die Straßenausbaubeiträge ohne weitere Gegenfinanzierung zu verzichten.

19 Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein ist es daher verständlich und nachvollziehbar, wenn die meisten
20 Gemeinden im Land nicht auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichten können. Dennoch kann die
21 Junge Union Schleswig-Holstein auch die Kritik am aktuellen System der Straßenausbaubeiträge verstehen und
22 fordert daher eine Reform der aktuellen Regelungen.

23 Zu nachvollziehbaren Unmut in der Bevölkerung führt die Tatsache, dass mit einem Schlag eine häufig höhere
24 vierstellige, teilweise sogar fünfstellige Summe von den Grundstückseigentümern erwartet wird. Gerade junge
25 Familien und ältere Mitbürger verfügen jedoch nicht über ausreichend liquide Mittel, um dieser Forderung
26 nachzukommen. Auch gelten sie nicht mehr zwingend als kreditwürdig und können sich daher nur schwierig
27 Kredite besorgen. Zwar sieht auch die aktuelle Regelung eine Ratenzahlung bis zu 20 Jahren vor. Allerdings
28 hängt dies von der Genehmigung der jeweiligen Gemeinde ab. Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein
29 sollte die Ratenzahlung aber zum Grundsatz werden. Über einen derartigen hohen Betrag verfügt kaum eine
30 Person ohne Weiteres. Stattdessen ist die Form der Ratenzahlung auch bei anderen Großanschaffungen wie ein
31 Auto Standard. Die Bürger würden so ebenfalls vor einem weiteren bürokratischen Aufwand befreit werden.
32 Ebenso entlastet es die Verwaltung derartige Anträge zu prüfen und zu bescheiden. Die Zahlung der
33 Straßenausbaubeiträge soll daher in 25 Jahresraten mit einem Zinssatz in Höhe von 0,75% effektiv erfolgen.
34 Zusätzlich soll es freigestellt sein, zu jedem Zeitpunkt den vollständigen Beitrag zu zahlen. Gleichzeitig muss
35 abgesichert werden, dass in dieser Zeit nicht erneut ein Straßenausbau erfolgt, der zur erneuten Erhebung von

36 Straßenausbaubeiträgen führt. Daher können in einer Sperrfrist von 25 Jahren keine erneuten
37 Straßenausbaubeiträge erhoben werden.

38 Ein weiterer Kritikpunkt liegt in dem Gefühl der Einwohner, dass die Gemeinde ihrer Pflicht des Straßenerhalts
39 nicht ausreichend nachkommt. Sie sollen also für die Versäumnisse der Gemeinden zahlen. Die Junge Union
40 Schleswig-Holstein kann nachvollziehen, dass dieses Gefühl erheblich zu der Unbeliebtheit der
41 Straßenausbaubeiträge beiträgt. Darum fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die aktuellen
42 Reformbestrebungen in Niedersachsen in Schleswig-Holstein ebenfalls zu übernehmen und weiterzudenken.
43 Die Gemeinden sollen daher verpflichtet werden ein Straßenkataster zu führen. In diesem sind der aktuelle
44 Zustand zu verzeichnen sowie die Angabe, durch welche Maßnahmen die Gemeinde ihrer Unterhaltungspflicht
45 nachkommt. Sollte eine Gemeinde mindestens 2 Jahre ihrer Pflicht nicht nachkommen, so sinkt der Anteil der
46 Gemeindebürger um 33%, für weitere 2 Jahre erneut um 33% und ab 6 Jahren nicht nachgekommener Pflicht
47 entfällt die Möglichkeit zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Ein derartiges System würde einerseits die
48 Gemeinden verstärkt in Verantwortung nehmen ihrer Unterhaltungspflicht nachzukommen und zugleich bei den
49 Bürgern das Gefühl geben, dass die Gemeinde nun besonders ihrer Unterhaltungspflicht nachkommt. Bereits jetzt
50 haben einige Gerichte eine diesem Grundsatz vergleichbare Rechtsprechung und so bei nicht eingehaltenen
51 Instandsetzungsmaßnahmen Straßenausbaubeitragsbescheide verworfen, bzw. in ihrer Höhe drastisch
52 reduziert.

53 Viele Gemeinden machen auch in diesen wirtschaftlich guten Zeiten weitere Schulden und stehen daher mit
54 der Sanierung ihrer Straßen vor großen Herausforderungen. Eine Abschaffung oder gar Senkung der
55 Straßenausbaubeiträge ist daher ohne weitere Unterstützung des Landes nicht möglich. Die Erhöhung des
56 kommunalen Investitionsfonds um 15 Millionen Euro für die Jahre 2018 – 2020 stellt aufgrund ihrer begrenzten
57 Summe und zeitlichen Geltung keine dauerhafte Unterstützung des Landes dar. Die Junge Union Schleswig-
58 Holstein erkennt daher an, dass in der Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs höhere
59 Fördersummen und Unterstützungen des Landes an die Kommunen für Straßenausbaumaßnahmen erfolgen
60 müssen. Die aktuellen Entwürfe zum Kommunalen Finanzausgleich sind daher zu überarbeiten.

61 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

- 62 - Gemeinden soll es weiterhin freigestellt sein auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu
63 verzichten.
- 64 - Der Beitrag ist zukünftig grundsätzlich in 25 Jahresraten zu zahlen. Die Jahresraten werden verzinst mit
65 einem Zinssatz von 0,75% effektiv. Dem Beitragspflichtigen ist es zu jedem Zeitpunkt freigestellt, den
66 vollen Beitrag inklusive der zu diesem Zeitpunkt anfallenden Zinssätze zu zahlen.
- 67 - In einer Zeit von 25 Jahren können für eine Straße keine erneuten Straßenausbaubeiträge erhoben
68 werden.
- 69 - Die Gemeinden sollen verpflichtet werden ein Verzeichnis zu führen, dass sie ihren
70 Straßenunterhaltungspflichten nachgekommen sind.

- 71 - In Hauptverkehrsstraßen, muss der durch die Gemeinde zu zahlende Anteil mindestens 80%, in
72 Haupterschließungsstraßen mindestens 60% und in Anliegerstraßen mindestens 40% betragen.
- 73 - Eine verstärkte Förderung des Landes im Rahmen der Überarbeitung des kommunalen
74 Finanzausgleichs für den Straßenausbau.

75 **Begründung:**

76 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich

77

78

1
2 *Antragsteller: Kommission für Gesellschaft & Soziales*

3 **SCHWERSTKRANKEN UND TÖDLICH ERKRANKTEN KINDER, DIE PASSENDE UNTERSTÜTZUNG**

4 **GEBEN**

5 Jedes Jahr erkranken Kinder bereits im Kindesalter an verschiedenen Erkrankungen oder kommen
6 schwerstmehrfach behindert auf die Welt. Dies stellt die Familien vor große Herausforderungen und bedeutet
7 oft starke Einschränkungen. Besonders schwierig wird es, wenn das Kind eine limitierte Lebenserwartung hat
8 und im Kindes- oder Jugendalter versterben wird. Dann benötigen die Familien besondere Unterstützung von
9 spezialisierten Palliativteams. In Schleswig-Holstein werden diese Familien von einem spezialisierten,
10 ambulanten Kinderpalliativdienst und mehreren ehrenamtlichen Vereinen unterstützt. Der spezialisierte,
11 ambulante Kinderpalliativdienst ist multiprofessionell und versorgt alle schwerstkranken Kinder in Schleswig-
12 Holstein. Den ersten Kontakt zu dem spezialisierten, ambulanten Kinderpalliativdienst finden die Familien oft
13 dadurch, dass die Kliniken oder die Kinderärzte schon einmal von dieser Versorgungsform gehört haben oder
14 durch Internetplattformen. Das liegt an der intensiven Netzwerkarbeit, die auch für die Ärzte wichtig sind.
15 Wenn dann der erste Kontakt da ist, kann der spezialisierte, ambulante Kinderpalliativdienst die Kinder in
16 Krisen relativ lange unterstützen. Das geht über aufklärende Gespräche, über die Versorgung von Kathetern,
17 über die Notfallversorgung von Schmerzen mit z.B. Morphin. Dass das möglich ist, liegt an einem teurem sofort
18 Dokumentationssystem und an einer 24 Stunden Rufbereitschaft von Ärzten. Die Netzwerkarbeit zu den
19 Kliniken, Kinderärzten und Apotheken ist durch die Krankenkassen jedoch in keiner Weise abrechenbar. Doch
20 ohne diese Arbeit können Familien nicht die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Aus diesem Grund
21 fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass diese Netzwerkarbeit vom Land unterstützt wird.

22 Die betroffenen Familien sind oft mit der Pflege des Kindes allein. Sie haben nur Anspruch auf insgesamt 4
23 Wochen Erholungsurlaub im Kinderhospiz. Dort können sie gemeinsam mit ihrem Kind hin oder auch nur das
24 Kind dort hin abgeben, um dann einmal eine Pause zu haben. Aus diesem Grund begrüßt die Junge Union
25 Schleswig-Holstein die Planung von zwei Kinderbetten im neu zu bauenden Hospiz in Gettorf.

26 Dies ist aber keine Entlastung im Alltag, doch mit einem einfachen Babysitter ist es nicht getan und auch wie
27 bei Familien mit gesunden Kindern, können die Großeltern selten diese Aufgabe übernehmen. Und wo bei
28 diesen Familien die Kinder einmal alt genug sind, um auch einen Abend allein zu bleiben, so sind es
29 schwerstmehrfach behinderte Kinder nicht. Da diese Kinder besondere Bedürfnisse haben und medizinisch
30 und pflegerisch versorgt werden müssen. Eine Pflegefachkraft kriegt einen Mindestlohn von 11,05€, so dass
31 eine Entlastung im Alltag für 2 bis 3 Abende im Monat kaum finanzierbar ist. Um dies aber möglich zu machen,
32 fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine Finanzierung von professionellem Babysitting für jeweils drei
33 Abende im Monat. Zur weiteren Entlastung werden auch mehr

34 Kurzzeitpflegeplätze benötigt. Derzeit gibt es in Schleswig-Holstein nur drei Einrichtungen, die neben der
35 Vollzeitpflege auch Kurzzeitpflegeplätze anbieten. Diese sind aber in der Unterzahl und mit langen Wartelisten
36 versehen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass mehr Plätze für die Kinder geschaffen werden.

37 Durch die modernen Diagnostikverfahren in der Medizin können immer mehr Krankheiten schon in der
38 Schwangerschaft erkannt werden. Das bedeutet, dass die werdenden Eltern vor der Frage stehen, die
39 Schwangerschaft aufrechtzuerhalten und ein totkrankes Baby zu bekommen oder die Schwangerschaft
40 abbrechen. Eltern die sich für das Kind entscheiden, stehen dann alleine da, vor allem wenn das Kind nur
41 wenige Monate nach der Geburt leben wird. In diesem Fall brauchen die Familien besondere Hilfe. Doch die
42 spezialisierten, ambulanten Kinderpalliativdienste können erst nach der Geburt aufklären und unterstützen, da
43 diese mit den Krankenkassen nur über das lebendige Kind abrechnen können. Würde die Versorgung bei
44 solchen Fällen schon vorher möglich sein, so könnten die Ärzte das spezialisierte Team frühzeitig mit hinzu
45 holen und die Eltern können sich, soweit es geht, auf die Situation vorbereiten. Deswegen fordert die Junge
46 Union Schleswig-Holstein, dass spezialisierte, ambulante Kinderpalliativdienste auch bei totkranken Föten
47 Aufklärung und Versorgung leisten dürfen und die Finanzierung von den Krankenkassen übernommen wird.

48 Spezialisierte, ambulante, Kinderpalliativdienste müssen oft weite Strecken fahren für einzelne Leistungen.
49 Diese können aber nur einmal abgerechnet werden mit anderen Leistungen zusammen. Doch oft wird diese
50 Leistung wie das Anlernen von der Medikamentengabe häufiger gezeigt werden. Aber diese Leistungen sind
51 nicht mehr abrechenbar, da sie nur als Paket berechnet werden. Da die Kinderversorgung aber sehr speziell ist,
52 müssten auch die Leistungen einzeln abzurechnen sein.

53 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, dass:

- 54 • Die Netzwerkarbeit des spezialisierten, ambulanten Kinderpalliativ Dienst vom Land Schleswig-
55 Holstein unterstützt wird
- 56 • Die Finanzierung von professionellem Babysitting mit den Krankenkassen möglich wird
- 57 • Mehr Kurzzeitpflegeplätze für Kinder errichtet werden

- Die Ermöglichung der Versorgung werdender Eltern von totkranken Föten schon vor der Geburt durch spezialisierte, ambulante Kinderpalliativdienste
- Die Leistungen der spezialisierten, ambulanten Kinderpalliativdienste nicht gemeinsam sondern einzeln abzurechnen

Antragsteller: Kommission für Gesellschaft & Soziales

KAMPF GEGEN KRANKHAFTES ÜBERGEWICHT

Zwei Drittel der Männer und mehr als die Hälfte der Frauen in Deutschland sind repräsentativen Studien zufolge übergewichtig und der Trend ist steigend. Adipös, also krankhaft übergewichtig sind nach der zweiten nationalen Verzehrstudie des Max-Rubner-Institut, dem Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel (MRI) etwa 20,8% der Gesamtbevölkerung. Dies geht oft mit Folgeerkrankungen einher. Gelenke, Herzkreislaufsystem, Stoffwechsel, psychische Wohlbefinden aber auch Organe können durch langfristiges und extremes Übergewichtig geschädigt werden. Zusätzlich steigt auch die Wahrscheinlichkeit an Krebs und im Alter an Demenz zu erkranken. Zunehmend sind auch Kinder von extremem Übergewicht betroffen.

Die Weichen für ein Leben mit Übergewicht werden oft schon in der Kindheit gestellt. Seit dem Schleswig-Holstein-Tag in Brokstedt 2017 setzt sich die Junge Union für gesundes Schulesen und eine Ausweitung des Projektes „Mach Mittag“ in ganz Schleswig-Holstein ein. Dies sieht sie als immanent wichtig im Kampf gegen krankhaftes Übergewicht bei Kindern an. Ferner muss dem natürlichen Bewegungsdrang von Kindern stärker nachgegeben werden. Studien belegen, dass Wissensaufnahme nach sportlichen Aktivitäten besser gelingt. Deshalb wäre es ein wichtiger Schritt, den Schultag mit einer Sportstunde bzw. Schulstunde mit Bewegung in der Grundschule beginnen zu lassen. Kinder würden so ihrem natürlichen Bewegungstrieb frönen und wären empfänglicher für die Aufnahme von Wissen. Außerdem wäre ein Projekttag sinnvoll, an dem Kinder und Jugendliche präventiv über gesunde Ernährung und die Folgen von Übergewicht aufgeklärt werden sollen.

Außerdem sollen die U Untersuchungen bei Kindern ausgeweitet werden. Die derzeit verpflichtenden U1 bis U9 und die folgende J1 sollten um die von Kinderärzten empfohlen U10, U11 und J2 verpflichtend ergänzt werden. Somit würde auch die physische und psychische Gesundheit des Kindes im Grundschulalter überprüft werden und bei fehlerhafter Ernährung rechtzeitig eingegriffen werden können.

Zu dem beeinflusst Werbung vor allem Kinder zuckerhaltige Nahrungsmittel zu konsumieren. Kinder können nicht wissen, woraus die Süßigkeiten entstehen und was die Folgen davon sind. Somit sind sie leichter durch Werbung zu beeinflussen. Aus diesem Grund soll nach der Werbung für Süßigkeiten auf Kinderkanälen im Fernsehen eine kurze Aufklärung bzw. Aufklärungshinweis über die Folgen von Zucker erscheinen (ähnlich wie „Rauchen macht blind/impotent“etc.).

29 Da krankhaftes Übergewicht in der Regel mit falscher Ernährung einher geht, müssen im Kampf gegen
30 Adipositas konsequente Wege in der Ernährungspolitik bestritten werden. Der Bundestag lehnte 2008 auf
31 Empfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine
32 Lebensmittelkennzeichnung auf Basis des britischen Ampelkonzeptes ab. Begründet wurde diese Ablehnung
33 damit, dass Aufklärung im Bereich gesunde Ernährung mehr bringen würde als Kennzeichnung. Da die Zahl der
34 krankhaft Übergewichtigen in den letzten Jahren zu nahm, scheint diese Aufklärungsarbeit nicht gegriffen zu
35 haben. Die Junge Union fordert deshalb die Umsetzung einer Lebensmittelampel auf allen
36 Nahrungsmittelverpackungen. Ferner müssen aktuelle Aufklärungskampagnen evaluiert und gegebenenfalls
37 verbessert werden.

38 Krankhaftes Übergewicht entsteht auch durch zu viel Zucker in Lebensmitteln und deren niedrigen Preisen. In
39 dem Zusammenhang wird oft über eine Besteuerung von stark zuckerhaltigen Lebensmitteln diskutiert. Die
40 Junge Union sieht in einer Zuckersteuer jedoch keinen Sinn, da diese eine Bevormundung der Bevölkerung
41 wäre und das komplexe Entstehen von Adipositas aus falscher, einseitiger Ernährung und zu wenig Sport nicht
42 bekämpfen würde. Aus diesem Grund ist die Junge Union Schleswig Holstein gegen eine Zuckersteuer.
43 Außerdem soll Babynahrung stärker zuckerreduziert sein, da sich vor allem Babys und Kleinkinder zuckerarm
44 ernähren müssen, damit es nicht Überfütterung und Karies kommt. Auch kann eine zu süße Ernährung dazu
45 führen, dass sich die Babys und Kinder daran gewöhnen und die zukünftige Ernährung prägen. Eine
46 Kommission aus Experten soll dafür einen Maximalwert für Zucker in Babynahrung erarbeiten, der dann
47 verpflichtend eingehalten werden muss.

48 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher, dass:

- 49 • das gesunde Schulessen angeboten wird und die Aktion „Mach Mittag“ auf ganz Schleswig-Holstein
50 ausgeweitet wird
- 51 • ein Konzept entwickelt wird, welches mindestens 30 min Schulsport vor dem Unterricht ermöglicht
- 52 • die Einführung eines Projekttag über gesunde Ernährung
- 53 • Die Verpflichtung der derzeit empfohlenen U10, U11 und J2 Vorsorgeuntersuchungen
- 54 • Aufklärungshinweise nach der Werbung von Süßigkeiten auf Kinderkanälen im Fernsehen (ähnlich wie
55 beim Rauchen)
- 56 • Lebensmittelampeln auf Nahrungsmittelverpackungen
- 57 • Keine Einführung der Zuckersteuer
- 58 • Eine Expertenkommission einen Maximalwert für Zucker in Babynahrung erarbeitet